



Medienmitteilung

Jahresbericht 2016 zeigt Erfolge und Neuerungen

Brot für alle, die kräftige Stimme für den Wandel

Bern, 15. Mai 2017 – Ob Smartphones oder Maiskolben – beide werden häufig unter Verwendung giftiger Substanzen hergestellt. Dagegen hat Brot für alle 2016 aktiv gekämpft: In der Schweiz unter anderem mit dem Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative, im Süden durch Unterstützung von Bauernfamilien, damit diese ihr traditionelles Saatgutgeschäft beibehalten können. Brot für alle engagiert sich neu auch im Bereich der inneren Transition.

Brot für alle, die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz, blickt auf ein erfreuliches Jahr zurück. Für den Erfolg der Konzernverantwortungsinitiative wurden zusammen mit den Partnerorganisationen *Fastenopfer* und *Partner sein* rund 30 000 Unterschriften gesammelt. Die Volksinitiative fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz verbindlich prüfen müssen, ob durch ihre Tätigkeiten im Ausland Menschenrechte oder Umweltschutzbestimmungen verletzt werden. Das ist nötig, um die 2011 von der Uno verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umzusetzen.

Freiwillig genügt nicht

Das freiwillige Engagement der Konzerne genügt nicht, ergab die von *Brot für alle* im April 2016 veröffentlichte Studie zur Menschenrechtspolitik der 200 grössten Schweizer Konzerne: Erst 11 Prozent der untersuchten Konzerne haben begonnen, die Uno-Leitprinzipien umzusetzen, bei 61,5 Prozent fehlen jegliche Massnahmen, um Menschenrechte in ihrer Unternehmenspolitik zu verankern.

Gegen Gifte in Fabriken und auf Feldern

Konkret äussert sich die fehlende Sorgfaltspflicht beispielsweise im Einsatz des hochgiftigen Lösungsmittels Benzol in der Produktion von IT-Geräten. Tausende von Menschen sind bereits an den Folgen gestorben. Mit einer Kampagne im Herbst 2016 forderte *Brot für alle* gemeinsam mit *Fastenopfer* die führenden Smartphone-Anbieter in der Schweiz auf, ihre Verantwortung als Einkäufer wahrzunehmen und sich für ein Benzol-Verbot in der Produktion stark zu machen. Swisscom zeigte sich bereit, Verantwortung zu übernehmen, und Sunrise wollte die Benzol-Frage in ihre Audits aufnehmen.

Mit Unterstützung von *Brot für alle* wehren sich Partnerorganisationen im Süden erfolgreich gegen Agrarkonzerne, die skrupellos neue Absatzmärkte für ihre Chemikalien schaffen und den Bauernfamilien über neue Sortenschutzgesetze die Verwendung ihres traditionellen Saatguts verbieten. In Kenia wurde 2016 ein Etappensieg erreicht. Es gelang, nebst dem Sortenschutzgesetz auch die Rechte der Bäuerinnen und Bauern im neuen Gesetz festzuschreiben, womit sie von Gesetzes wegen als gleichberechtigt gelten.





BROT FÜR ALLE
PAIN POUR LE PROCHAIN
PANE PER TUTTI

Bürenstrasse 12, Postfach 1015, CH-3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, brot fuer alle.ch, PK 40-984-9

Ein grundlegender Wandel ist nötig

Beiden Beispielen gemeinsam ist, dass Profit höher gewichtet wird als die Erhaltung des Lebens. «Ein Prioritätenwandel in unserem Ernährungs- und Wirtschaftssystem ist deshalb dringend nötig», sagt der Geschäftsleiter von *Brot für alle*, Bernard DuPasquier. «Beides beginnt damit, dass wir uns selber und die Welt aus einem neuen Blickwinkel betrachten.» Deshalb hat *Brot für alle* 2016 begonnen, diesen inneren Wandel voranzutreiben und sich in eine weltweite Bewegung von lokalen Initiativen einzufügen, die hier und jetzt eine Welt mit gerechteren Prioritäten schafft. Dafür wurde im Büro Lausanne eine eigene Stelle für innere Transition geschaffen.

Auskunft: Urs Walter *Brot für alle*, +41 079 489 38 24,

Bericht herunterladen: www.brot fuer alle.ch/jahresbericht

Brot für alle – Wir bewegen Menschen

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir bewegen Menschen im Norden zu einer verantwortungsvollen Lebensweise und engagieren uns entwicklungspolitisch für das Recht auf Nahrung und Ethisch Wirtschaften. Im Süden unterstützen wir Menschen, sich aus Not und Hunger zu befreien und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Gemeinsam mit Partnern vor Ort zeigen wir Missstände auf und setzen uns für die Rechte der Betroffenen ein.

